

VRB Saar zum Koalitionsvertrag und geplanten Veränderungen des Schulrechts

Mit Befremden nimmt der VRB Saar zur Kenntnis, dass die Saarbrücker Zeitung unseren Verband offenbar übersieht. Als vormaliger Verband der Realschullehrer hat der VRB die Veränderungen in den ehemaligen Erweiterten Realschulen seit deren Umwandlung in Gemeinschaftsschulen besonders intensiv miterlebt.

Der VRB jedenfalls hat die geplanten Veränderungen des Schulrechts anlässlich des Koalitionsvertrages der neuen saarländischen Regierung nicht übersehen:

Die geplanten Veränderungen des Schulrechts bringen keine Verbesserungen für das komplizierte System der Gemeinschaftsschulen: Offiziell weiter im Klassenverband werden die Schüler dennoch im System in Grund- und Erweiterungskurse eingeteilt, später wiederum in Erweiterungs- und A-Kurse.

Das erzeugt unnötige Probleme bei Stundenplänen und Personalisierung - der angebliche Vorteil des längeren gemeinsamen Lernens wird ad absurdum geführt. Ab dem kommenden Schuljahr erschweren die schulübergreifenden gymnasialen Oberstufen zusätzlich die Erstellung der Pläne: Deren Personalisierung und Stundenverteilung geht vor – alle am Oberstufenverbund beteiligten Schulen sollen sich danach richten.

Der VRB fordert darum, allen Gemeinschaftsschulen die Freiheit einzuräumen, auf Beschluss der Schul- und Gesamtkonferenz abschlussbezogene Klassen zu bilden. Nur in abschlussbezogenen Klassen kann ein Höchstmaß an Qualität und Leistung erreicht werden. Das gemeinsame Ansteuern des gleichen Ziels in allen Fächern lässt eine Klassengemeinschaft erst entstehen. Die Durchlässigkeit des Systems ist dabei ebenso gewährleistet!

Der VRB wiederholt in diesem Zusammenhang seine bereits mehrfach geäußerte Kritik an der komplizierten Versetzungsordnung der Gemeinschaftsschule, die bereits zu zahlreichen Irritationen bei Notenkonferenzen geführt hat und aktuell führt.

Ebenfalls bedenklich findet der Verband für Reale Bildung das derzeitige A-Kurs-System: Nur Schüler, die in wenigstens drei Fächern erfolgreich den A-Kurs besucht haben, sollen in die gymnasiale Oberstufe wechseln können. Wo bleibt da die versprochene höhere Durchlässigkeit? Dadurch wird nur unnötige Bürokratie geschaffen. Wie früher üblich sollte ganz einfach die Leistung zum Übergang berechtigen, egal ob sie im normalen Erweiterungskurs, also dem früheren Realschulzweig, oder im A-Kurs erbracht wurde. Es steht sonst zu befürchten, dass Schüler inflationär in A-Kurse eingestuft werden, um Konflikten aus dem Weg zu gehen. Damit wäre der angebliche Vorteil des A-Kurses – Hinführung zum gymnasialen Niveau – aber von Anfang an konterkariert.

Welchen Stellenwert Bildung für die neue Koalition hat, erkennt man aber vor allem an zwei Dingen:

Der Klassenteiler bleibt auch weiterhin bei 28 bis 29 Schülern je nach Klassenstufe. Das ist für den VRB angesichts der doch nun wirklich weithin bekannten Probleme auch in

saarländischen Schulklassen nicht nachvollziehbar und offenbar kurzfristige Sparpolitik. Die schlecht geförderten Schüler von heute sind die Arbeitslosen von morgen!

In diesem Zusammenhang verweist der VRB erneut auf die Probleme bei der ungebremst weitergeführten Inklusion: Lehrer, Schüler und Eltern sind völlig überfordert. Alle Lehrgewerkschaften fordern mehr Ressourcen ein, was aber offenbar keinen Erfolg hatte, da gerade bei den Klassengrößen nichts verbessert wurde. Den förderbedürftigen Schülern wird weiterhin mehr Teilhabe versprochen, ohne die Voraussetzungen dafür zu schaffen. Der VRB fordert an dieser Stelle erneut einen Klassenteiler von 23 Schülern, wobei Inklusionsschüler doppelt zählen müssen.

Darüber hinaus moniert der VRB die schlechte Personalisierung der Schulen mit Förderschullehrern. Viele der den Schulen zugeteilten Kräfte sind keine grundständig ausgebildeten Sonderpädagogen, sondern Lehrkräfte anderer Schulformen, was sich auch in der Bezeichnung „Förderlehrer“ niederschlägt. Hier wird die Öffentlichkeit bewusst getäuscht: Ein Förderlehrer ist genauso wenig Sonderpädagoge wie eine Arzthelferin Zahnärztin ist. Betreffs der Anzahl und Ausbildung der im Rahmen der Inklusion zugeteilten Fachkräfte hat der VRB darum Minister Commerçon um Offenlegung genauer Daten gebeten. Inklusion gelingt nur mit Fachpersonal und Ausstattung, aber nicht als Sparmodell!